



## Euro-Zahlungsverkehr

„Zu einem europäischen Binnenmarkt gehören grenzüberschreitende Überweisungen, die kostengünstig und sicher für den Verbraucher sind“, erklärte Ferber. Das Europäische Parlament stimmte in Straßburg über den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (Single Euro Payments Area – SEPA) ab. Unter SEPA bleiben auch alte Lastschrift-Aufträge bestehen und das bisherige bedingungslose Widerrufsrecht bei Abbuchungen vom eigenen Konto durch Lastschrift bleibt erhalten. „Versicherungen, Vermieter, Verleger und Vereine können beruhigt sein. Das befürchtete Chaos bei der Umstellung in Deutschland wird nicht ausbrechen.“

## Schwerpunktdebatte

Im Mittelpunkt des Gipfeltreffens der europäischen Staats- und Regierungschefs im März wird Europas Wirtschaftslage stehen. Im Vorfeld des Gipfels legte das Europäische Parlament in Straßburg seine Prioritäten dar. Ferber betonte im Plenum, dass Griechenland einer der größten Nettoempfänger von Finanzmitteln aus den EU-Strukturfonds sei. „Doch das Land hat es nie geschafft, diese Mittel voll auszuschöpfen und diese adäquat für ein Voranbringen der nationalen Wirtschaft einzusetzen. Wir benötigen ein Programm um dieses Problem nachhaltig zu lösen und eine bessere Ausschöpfung

der bereits zur Verfügung stehenden Mittel aus den EU-Strukturfonds möglich zu machen.“

## Fairer Milchpreis

Das Europäische Parlament verabschiedete in Straßburg das mit den EU-Mitgliedstaaten ausgehandelte "Milchpaket". Ziel des Pakets ist es, dass Milchbauern durch den Zusammenschluss in Erzeugergemeinschaften eine bessere Verhandlungsposition bekommen. Die Erzeugerzusammenschlüsse dürfen damit im Namen der ihnen angehörigen Milchbauern mit den Molkereien Preise für Rohmilch aushandeln, solange die Liefermenge nicht mehr als ein Drittel der in Deutschland produzierten Milch und weniger als 3,5 Prozent der gesamten Milcherzeugung der Europäischen Union ausmacht. Ferber bedauerte jedoch, dass das Milchpaket leider noch nicht die Beziehungen zwischen den Molkereien und den großen Handelsketten regelt.

## Euro-Bonds

Der Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Markus Ferber, bekräftigte sein „Nein“ zur Vergemeinschaftung von Schulden. Bei der Abstimmung über den Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments zu Euro-Bonds stimmte er dagegen: „Mit Euro-Bonds werden die Schulden der Mitgliedsstaaten

europäisiert und damit anonymisiert, damit werden die Probleme nicht gelöst, sondern nur verlagert. Jedes Land muss für seine Schulden selber gerade stehen.“ Ferber wies nochmals explizit darauf hin, dass wer Euro-Bonds einführen wolle, sich auch bewusst sein müsse, dass dazu die Verträge zu ändern seien. „Das hieße nämlich, dass eine konkrete Schuldenübernahme von allen Mitgliedsstaaten beschlossen werden müsste.“

## Einlagensicherung

Während der Finanzkrise wurden 2008 erstmals europäische Mindeststandards der Einlagensicherung festgelegt, die zurzeit überarbeitet werden. Das Europäische Parlament fordert in einer verabschiedeten Resolution Einlagen bis zu 100.000 Euro zu garantieren. In Deutschland gilt dieser Wert bereits seit Anfang 2011. Dazu soll ein zusätzlicher Einlagensicherungsfonds eingeführt werden. Die Auszahlungsfrist von Sparguthaben, die derzeit mehrere Wochen oder Monate betragen kann, möchte das Europäische Parlament auf sieben Tage verkürzen. Bisher sind 20 Tage vorgesehen. „In Deutschland haben wir gut funktionierende Fonds zur gegenseitigen Stützung etwa bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Diese werden auch mit der europäischen Regelung erhalten bleiben und in die Ziele der EU-Einlagensicherung einbezogen werden“, erklärte Ferber.